

16.05.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Studentische Mobilität in Zeiten des Deutschlandtickets rechtssicher halten – Das Land Nordrhein-Westfalen muss bürden

I. Ausgangslage

Im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets kommt es zur Entlastung vieler Pendlerinnen und Pendler in NRW und Deutschland. Eine Gruppe, die besonders auf die Mobilität und die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs angewiesen ist, ist in dieser Debatte jedoch nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Studierenden in Nordrhein-Westfalen erwerben auf Grundlage eines Solidarmodells ein Semesterticket. Das bedeutet, dass alle Studierende dasselbe zahlen, unabhängig davon, wie häufig sie das Ticket individuell nutzen. Dadurch wird gewährleistet, dass Studierende in NRW langfristig in ganz NRW günstig mit dem ÖPNV reisen können. Das Modell des Semestertickets ist in seiner Form und Preisgestaltung von etwa 33€ im Monat einzigartig. Es gilt als rechtlich gesichert. Möglich ist dieser verpflichtende Ticketerwerb durch massive Rabatte von über 70% gegenüber dem handelsüblichen Preis, sowie dem offensichtlichen Interesse der Studierenden preiswert zur Uni zu fahren.

Welche Auswirkungen das deutlich teurere 49-Euro-Ticket auf das Semesterticket haben wird, ist jedoch kaum absehbar. Zunächst können Studierende durch eine zusätzliche Buchung ihr Ticket aufwerten und so die Leistung des 49-Euro-Tickets erwerben („Upgrade-Lösung“). Doch an der Rechtssicherheit einer solchen Lösung und am Studierendenticket generell gibt es erhebliche Zweifel.

Der AStA der TU Dortmund hat stellvertretend für die Studierenden in NRW ein Gutachten erstellen lassen. Das Ergebnis ist für die Studierenden in NRW ernüchternd. Das Gutachten macht deutlich, dass die geringe Preisdifferenz zwischen Semesterticket und 49-Euro-Ticket dazu führen könne, dass vor Gericht eine mangelnde Verhältnismäßigkeit festgestellt werden würde. Dann könnte das Semesterticket als verpflichtendes Solidarmodell nicht mehr weiter bestehen. Nach Einschätzung der ASten, die sich aus vergangenen Erfahrungen speist, ist eine Klage angesichts des neuen Preisgefüges im ÖPNV sehr wahrscheinlich.

Die Befürchtungen sind gerechtfertigt. Ein Upgrade im Solidarmodell durch die Zuzahlung des Differenzbetrags zum Deutschlandticket, um die gleiche Reichweite zu bekommen, kann keine dauerhafte Lösung sein, dies schwächt die Rechtssicherheit der Finanzierung des Semestertickets. Vor allem nicht vor dem Hintergrund, dass das Solidarmodell schon ohne Upgrade rechtlich nicht mehr sicher ist. Denn plötzlich zahlen Studierende zwei-Drittel des Preises eines deutschlandweit gültigen Tickets, und das Argument der großen Einsparungen kann in diesem Zusammenhang nicht mehr zählen. Die Studierendenvertretungen müssen daher befürchten,

Datum des Originals: 16.05.2023/Ausgegeben: 16.05.2023

dass gegen das Semesterticket geklagt wird und diese zu erwartenden Klagen dann auch vor Gericht Erfolg haben werden.

Zusätzlich zum grundsätzlichen Wegfall des Tickets ist die aktuelle Rechtsunsicherheit für die Studierendenschaften alarmierend. Im Falle einer erfolgreichen Klage droht nicht nur das Aus für bezahlbare studentische Mobilität, vielmehr müsstend die Studierendenschaften mit Rückzahlungsverpflichtungen in Millionenhöhe rechnen. Dies würde die Studierendenvertretungen, die eigenständig für ihre Finanzen verantwortlich sind, in tiefe Verschuldungen im Ausmaß bis zu dem 5 bis 10-fachen ihres Jahreseinkommens bringen und kann nicht im Sinne des Landes Nordrhein-Westfalen sein. „Sollte eine Klage gegen das Ticket Erfolg haben, stehen wir vor einer Katastrophe. Nicht nur würde Mobilität für uns Studierende teurer werden, sondern auch wir als Studierendenvertretung würden vor nicht zu bewältigenden Herausforderungen stehen. Bei den Millionenbeiträgen, die alleine wir an der TU Dortmund zurückerstatten müssten, würde eine Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit drohen“, so der AStA der TU Dortmund.¹

Vielmehr muss das Land seinem Schutzauftrag der Studierenden gegenüber nachkommen. Das bedeutet: es muss schnell ein rechtssicheres Ticket für Studierende geschaffen werden. Hier muss auch zwischen den beteiligten Ressorts der Konsens bestehen für die Studierenden das Beste herauszuholen.

Besonders dringlich ist jetzt, die massive Verschuldung der Studierendenschaft im Falle einer Klage zu verhindern. Hier muss die Landesregierung rechtzeitig handeln und nicht warten, bis geklagt wird. Die Landesregierung muss ein klares Bekenntnis abgeben, dass sie für eventuelle Erstattungsansprüche bezogen auf das Semesterticket bürgt. Nur so können ein massiver finanzieller Schaden der Studierenden und die Belastung bezogen auf die Rechtsunsicherheit und der damit verbundenen Folgen abgewehrt werden.

Sollte es zu einem Wegfall des solidarfinanzierten Semestertickets kommen, hätte dies einen besonders nachteiligen Einfluss auf die ohnehin schon schwierige soziale Situation von Studierenden. Pendlerinnen und Pendler, die sich den teuren Wohnraum innerhalb der Städte nicht leisten können, wird die ohnehin prekäre Lage der Studienfinanzierung erschwert. Deshalb muss sich das Land gemeinsam mit dem Bund dafür einsetzen, dass es auch für Studierende eine rechtsichere, verlässliche und kostengünstige Regelung für ein Ticket im Zuge der Einrichtung des Deutschlandtickets geben, das auch vom Geltungsbereich Studierende nicht schlechter stellt.

II. Der Landtag stellt fest

- das Solidarmodell zur Finanzierung des Semestertickets ist eine gute und erprobte Lösung zur Schaffung studentischer Mobilität.
- Studierende dürfen durch die Einführung des 49-Euro-Tickets nicht schlechter gestellt werden.
- drohende Verschuldung der Studierendenschaften müssen abgewendet werden.

¹ <https://latnrw.de/2023/04/11/semesterticket-vor-dem-aus/>

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- sich als Bürge im Falle drohender Klagen gegen das bestehende Semesterticket zur Verfügung zu stellen, um finanziellen Notlagen der Studierendenschaft entgegen zu wirken.
- schnell Sicherheit für die Studierenden zu schaffen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Bastian Hartmann

und Fraktion